

3

Werte in verschiedenen Lebensbereichen

Sandra Parthie

3.3 Europa: Elitenprojekt oder Wertegemeinschaft? Europa muss man erleben

1	Ein europäisches Integrationsversprechen	170
2	Das europäische Projekt	173
3	Über welche Werte reden wir eigentlich?	174
4	Profitieren nur Eliten von Europa?	177
	Das Wichtigste in Kürze	181
	Literatur	182

1 Ein europäisches Integrationsversprechen

Um es gleich vorwegzunehmen – mein Plädoyer und meine Überzeugung: Die EU ist kein Elitenprojekt, sondern eine Idee und ein einzigartiges Projekt, dessen Erfolg auf gänzlich unelitären Werten wie Toleranz, Demokratie, Freiheit und Solidarität basiert. Und die EU ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist ein Versprechen und ein gemeinsames Projekt. Ein Versprechen auf Frieden und Wohlstand und ein Projekt, das wir immer wieder neu erklären, erarbeiten, verstehen und mit Leben füllen müssen.

Und dieses »Wir« sind alle Bürgerinnen und Bürger der EU-Staaten, keine gesichtslosen Eliten oder Bürokraten in europäischen Hauptstädten oder in Brüssel. Europa – die Europäische Union (EU) – wird immer nur so gut oder so schlecht sein und so funktionieren, wie die Gesellschaften, aus denen die EU besteht, das ermöglichen. Europa hat das Potenzial, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für seine Menschen zu schaffen. Aber es hat auch das Potenzial, sich in nationalistischen Konflikten zu verlieren, bei denen das »Wir« wieder zu einem »Die-gegen-uns« wird und aus gemeinsamem Fortschritt ein Nullsummenspiel, bei dem einer nur auf Kosten der anderen zu gewinnen sucht und letztlich alle als Verlierer dazustehen drohen.

Beide Tendenzen lassen sich seit der Abstimmung der britischen Bevölkerung im Juni 2016 über einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU noch stärker beobachten. Während vor allem im Vereinigten Königreich der politische Diskurs über Jahrzehnte das »Wir-gegen-die« propagierte und damit den Boden für das Brexit-Votum bereitete, ließ eben dieses Votum die anderen EU-Staaten näher zusammenrücken. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung (2016) vom November 2016 stieg die Zustimmung zur EU in Deutschland daraufhin um 8 Prozentpunkte auf insgesamt 69 Prozent. In Polen, wo die EU in der Bevölkerung insgesamt auf die größte positive Resonanz stößt, verbesserte sich der Wert sogar um 9 Prozentpunkte auf 77 Prozent.

Seit über einem halben Jahrhundert ist die EU im Entstehen und im Wandel. Jede Generation hat ihr einen neuen Stempel aufgedrückt, sie verändert und

Abbildung 1

Nationalistische Propaganda im Ersten Weltkrieg



Bildquellen: 1. Souvenez-vous von Ferdinand-Louis Gottlob, 1919, <http://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b10225144c> – 2. L'ingordo, 1915: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/6b/Guerre_14-18-Humour-L%27ingordo%2C_trop_dur-1915.JPG – 3. Reinigungsanstalt, Bibliothèque nationale et universitaire de Strasbourg, MCP00230, Europeana Foundation, 2017, http://www.europeana1914-1918.eu/fr/europeana/record/9200317/BibliographicResource_3000094075633

wachsen lassen. Ob und wie wir sie der folgenden Generation hinterlassen, liegt in unseren Händen. Wir sind es, die die EU nach unseren Vorstellungen und Werten formen können. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass wir sie als das erkennen, was sie ist – ein wandelbares Gemeinschaftsprojekt.

Es bedurfte Ende der 1950er Jahre einer enormen moralischen Größe von Politikerinnen und Politikern, aber auch der Menschen in einem noch immer unter den Weltkriegseindrücken stehenden Europa, sich auf das Projekt der europäischen Zusammenarbeit einzulassen. Dabei gelang es dieser Generation der Kriegsgeprägten, das jahrzehnte- und jahrhundertlang aufgebaute Misstrauen und die traditionellen Feindseligkeiten der europäischen Völker untereinander zu überwinden. Ein Blick auf Poster und Postkarten vom Anfang des 20. Jahrhunderts zeigt, warum das gar nicht selbstverständlich war (Abbildung 1).

Der Blick zeigt auch, dass die heute als Fake News bezeichnete Propaganda keine Erfindung des Facebook-Zeitalters ist, sondern schon oft genutzt wurde, um Feindbilder zu schaffen und zu schüren. Das Ergebnis dieser Form der Realitätsverzerrung konnte man in Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erleben. Eine Wiederholung galt und gilt es zu verhindern.

Zwei europäisch denkende Männer sorgten 1950 für einen neuen Ansatz dazu. Der eine hieß Jean Monnet, französischer Unternehmer und Politikberater aus Cognac. Der andere war Robert Schuman, der als geborener Luxemburger, deutscher Soldat und französischer Außenminister wie vielleicht kaum ein Zweiter die Schizophrenie der europäischen Geschichte in sich vereinte. Statt erneut eine Eindämmung und Überwachung Deutschlands zu fordern, wie es sie nach dem Ersten Weltkrieg gegeben hatte, präsentierten diese beiden einen Plan für Gemeinsamkeit und Solidarität in Europa. Die Schuman-Erklärung (Europäische Union, 2017) sah unter anderem vor, die »Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde (Haute Autorité) zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offen steht«. Durch die so entstehende »Solidarität der Produktion« in einem industriellen Sektorselbstsektor werde »jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich«. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion war auch die beste Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der beteiligten Staaten. Explizit beschränkte sich die neue Produktionsgemeinschaft nicht auf Deutschland und Frankreich, sondern stand allen Ländern offen, die daran teilnehmen wollten, und legte so die »realen Fundamente zu ihrer wirtschaftlichen Vereinigung« (Europäische Union, 2017). Statt auf erneute militärische Aufrüstung richtete sich der Fokus auf einen Investitions- und Produktionsplan, der den beteiligten Ländern und ihren Bevölkerungen einen besseren Lebensstandard und Frieden versprach.

2 Das europäische Projekt

Geschichte und Statistik geben den damals Handelnden, von Schuman über Monnet bis Adenauer, recht: Lebensstandard, Löhne und Wirtschaft sind seither in Europa immer weiter gewachsen. Wir leben in einer der längsten Friedensperioden, die dieser – einst als »Kontinent der Gewalt« bezeichnete – Flecken Erde vorzuweisen hat.

Den Gründungsvätern der EU war in den 1950er Jahren schon klar: »L'Europe ne se fera pas d'un coup, ni dans une construction d'ensemble: elle se fera par des réalisations concrètes créant d'abord une solidarité de fait« (Europäische Union, 2017; übersetzt: Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.). Mit der Montanunion schufen ihre Konstrukteure eine solche konkrete Tatsache – ein Fundament nicht nur für eine wirtschaftliche Vereinigung, sondern für eine unabhängige supranationale Exekutive, Legislative und Judikative, die nicht mehr nur nationalstaatlichen Interessen verpflichtet sein sollte.

Aus sechs Mitgliedstaaten der Montanunion beziehungsweise der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurden schrittweise erst neun beziehungsweise 15 Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften (EG) bis hin zu den heute 28 Mitgliedsländern der Europäischen Union. Der administrative Apparat, der die Beschlüsse dieser Mitglieder vorbereiten und umsetzen soll, entwickelte sich parallel. Seine Kompetenzen wurden von den Mitgliedstaaten ausgeweitet, indem sie mit EU-Verträgen Souveränitätsrechte von der nationalen auf die europäische Ebene verlagerten.

Dabei befürworteten im Lauf der Jahre in 20 der 28 Länder die Bürgerinnen und Bürger in Volksabstimmungen mehrheitlich entweder direkt den Beitritt zur EU (beispielsweise in allen 2004 beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten) oder sie billigten die grundlegenden Vertragsänderungen, die die Funktionsweise der EG oder der EU regelten (beispielsweise Italien und Frankreich 1989 zum Vertrag von Maastricht und Spanien 2005 zum Verfassungsvertrag). In der Mehrzahl der EU-Staaten waren es also nicht die politischen oder wirtschaftlichen Eliten, die die Entscheidungsgewalt über die Beteiligung an der europäischen Integration hatten, sondern die Bevölkerung stimmte in demokratischer Weise darüber ab. Mit Blick auf die Gründungsphase der EU lässt sich der Vorwurf eines Elitenprojekts also nicht belegen.

Die europäische Integration war und ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Noch dazu ist es einer, der bisher auf der Welt einmalig ist. Er manifestiert sich nicht zuletzt durch »a formalized network of institutional economic inter-

dependence, [...] which provided an alternative to the conventional national state-centred diplomacy of the past« (Milward, 1984, 418, 420; übersetzt: ein formalisiertes Netzwerk institutioneller wirtschaftlicher Interdependenz, [...] das eine Alternative zur konventionellen nationalstaatszentrierten Diplomatie der Vergangenheit bietet). Die gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Staaten Europas existierten auch in der Vergangenheit. Nur werden sie durch die Integrationsbemühungen nicht mehr zur Ursache oder zum Auslöser kriegerischer Konflikte. Vielmehr bilden sie nun einen gemeinsamen Interessens Kern, der die Stabilität der Beziehungen fördert, auch jenseits der gemeinsamen Werte.

3 Über welche Werte reden wir eigentlich?

Die EU-Kommission erstellt seit 1974 in regelmäßigen Abständen ein »Eurobarometer« und befragt dazu europaweit direkt rund 1.000 Menschen pro Land nach ihren Einstellungen und Positionen zu verschiedenen europäischen Themen. Dazu gehören auch Fragen nach den Werten der Europäerinnen und Europäer. Die Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2016 befasste sich unter anderem mit dem Thema, welche Werte die Bürgerinnen und Bürger am besten durch die EU vertreten sehen. Die meistgewählten waren »Frieden« und »Meinungsfreiheit«; für sie entschieden sich 57 Prozent aller Befragten, gefolgt von »sozialer Gerechtigkeit und Solidarität« (55 Prozent). Für 52 Prozent steht die EU vor allem für Toleranz und Offenheit gegenüber anderen (Europäische Kommission, 2016).

Das deckt sich in weiten Teilen mit einem Eurobarometer von 2007 (Europäische Kommission, 2007), das explizit nach den kulturellen und sozialen Werten fragte, sowie mit weiteren Eurobarometer-Umfragen aus 2010 und 2012 (Europäische Kommission, 2010; 2012). Sie alle ergaben über die letzte Dekade hinweg ein ähnliches Bild: Menschenrechte und der Respekt gegenüber menschlichem Leben stehen ganz oben auf der Rangliste. Daran schließen sich Frieden und Demokratie als die Werte an, die den EU-Bürgern mit am wichtigsten sind, gefolgt von der Freiheit des Einzelnen, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit, Solidarität und Toleranz. Das zeigt eine große Übereinstimmung zwischen den Werten der Befragten mit denen der EU. Diese lauten nach Artikel 2 EU-Vertrag: »Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören« (Europäische Union, 2012). Der EU-Vertrag nennt zudem »Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern« als gemeinsame Werte der Gesellschaften der EU-Mitgliedstaaten.

Deutsche Leserinnen und Leser, die jüngeren bis mittleren Alters sind, mögen die Betonung von Demokratie, Frieden und Freiheit im besten Fall langweilig oder abstrakt finden. Oder sie tun sich schwer damit, eine Verbindung zur EU zu erkennen. Doch viele ihrer Alters- und Zeitgenossen in anderen EU-Ländern haben eigene Erfahrungen mit Diktaturen und Konflikten gemacht und sehen die Rolle Europas mit anderen Augen.

Portugal beispielsweise befreite sich erst 1974 von der Diktatur seiner Militärjunta und trat mithilfe der EU den Weg in die Demokratie an. Die EU wurde sowohl von politischen Eliten als auch von Arbeitgeberverbänden als Garant für politische Sicherheit angesehen, der Investitionen in die produktiven Strukturen im Land sowie deren Modernisierung begünstigen sollte (Marques, 1990, 199). Die sozialdemokratische Allgemeine Arbeitergewerkschaft (UGT – União Geral de Trabalhadores) zeigte sich ebenfalls beständig proeuropäisch. Der wirtschaftliche Aufschwung Portugals in den 1980er Jahren wurde nicht zuletzt durch europäische Gemeinschaftsmittel ermöglicht und führte zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensbedingungen (Costa Pinto/Costa Lobo, 2006, 7).

In Spanien half der EU-Beitritt 1986 dabei, die Folgen der Franco-Diktatur zu überwinden und die junge Demokratie zu stärken. Viele Spanier erlebten die europäische Integration ihres Landes als eine Frage nationaler Ehre und garieten in große Begeisterung darüber, nun den alten »angestammten Platz« in Europa wieder mit Leben füllen zu können (Abellán, 2006).

Für die Menschen in Irland spielt die EU mit Blick auf den ewigen Konflikt mit dem britischen Nachbarn und speziell in Bezug auf Nordirland noch eine ganz andere Rolle. Von 1969 bis 1998 beherrschten die »Troubles«, also der Nordirlandkonflikt, die Politik. Bis zu 4.000 Menschen fielen dem Konflikt in dieser Zeit zum Opfer. Die EU-Mitgliedschaft beider Länder half endlich Irland, seine »alte, ungleiche Beziehung zu Britannien« in einen größeren Kontext zu stellen, was den »alten irischen Komplex gegenüber den Engländern entspannt hat« (Ardagh, 1994, 328).

Die Menschen in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sind wohl diejenigen mit den jüngsten Kriegserfahrungen in Europa. Die Unabhängigkeitserklärungen Kroatiens und Sloweniens leiteten 1991 den Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ein. Sie waren der Beginn des schwersten bewaffneten Konflikts im Europa der Nachkriegszeit. Allein in Kroatien wurden während des Kriegs 20.000 Menschen getötet. In Slowenien sah ein Großteil der Bevölkerung deshalb in der EU-Mitgliedschaft auch einen Weg, den babylonischen Verhältnissen auf dem Balkan zu entrinnen. Das »neue« Slowenien wollte sich von den Kriegen und dem Blutvergießen in den übrigen Balkanstaaten abgrenzen (Pikalo, 2006, 18).

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns glücklich schätzen, dass innerhalb der EU heute zwar über Energieeffizienzvorgaben für Staubsauger oder die Höhe der zur Verfügung stehenden Regionalfördergelder gestritten, aber nicht mehr mit Panzern um angeblich angestammte Gebiete und Lebensräume gekämpft wird. Es ist wichtig, dass wir uns das immer wieder ins Bewusstsein rufen, wenn die Frage nach Sinn und Zweck der europäischen Integration gestellt wird. Eine offene politische und gesellschaftliche Debatte über das »Wie« und das »Wohin« der EU ist notwendig. Entscheidungsprozesse, die für eine Gemeinschaft von sechs Mitgliedstaaten noch gut funktioniert haben, sind bei 28 Beteiligten kaum noch zielführend. Die letzte Überarbeitung der Europäischen Verträge zur Funktionsweise der EU, der Lissaboner Vertrag, trat zwar erst 2009 in Kraft. Aber die meisten der darin angelegten Veränderungen in der Struktur der europäischen Zusammenarbeit gehen auf den »Vertrag über eine Verfassung für Europa« zurück, der bereits 2003 von einem europäischen Konvent erarbeitet wurde. Das heißt, die meisten Regelungen darüber, welche Kompetenzen auf europäischer Ebene anzusiedeln sind und wie in der EU Entscheidungen getroffen werden sollten, wurden zu einer Zeit erdacht, als die EU noch aus 15 Mitgliedsländern bestand.

Eine erneute Überarbeitung ist also angebracht. Wir sollten uns als mündige Bürgerinnen und Bürger in die Debatte einbringen, aber wir müssen auch darauf achten, dass eine Diskussion über die zukünftige Funktionsweise der EU nicht die Existenzberechtigung des europäischen Einigungsprojekts infrage stellt. Denn bei aller Kritik an den langwierig erscheinenden europäischen Prozessen müssen wir uns bewusst sein, dass wir als einzelne, vergleichsweise kleine Nationalstaaten in politischen und wirtschaftlichen Fragen vor allem gegenüber alten und neuen globalen Großmächten wie den USA und China kaum noch eine Rolle spielen würden.

Ein neuer Konvent wäre eine Möglichkeit für die Gesellschaft, sich mit den Zielen der europäischen Einigung auseinanderzusetzen und mit dem Weg dahin. Ein solcher Konvent ist aber nur dann sinnvoll, wenn er in konstruktiver Atmosphäre stattfindet und in Kenntnis von Zahlen und Fakten, statt auf der Basis von Stereotypen und »gefühltem Wissen«. Dann jedoch böte er eine echte Chance für eine erneute Verständigung – sowohl von Regierungen als auch von Bürgerinnen und Bürgern – darauf, was wir von Europa erwarten und wie diese Erwartungen erfüllt werden können.

Zum Abschluss der Überlegungen über die Werte Europas soll noch einmal einer der Gründerväter zu Wort kommen. In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 15. Dezember 1954 sagte Bundeskanzler Adenauer: »Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle« (Adenauer, 1954).

4 Profitieren nur Eliten von Europa?

Als Eliten (urspr. vom lateinischen *eligere* und *exlegere*, »auslesen«) werden im Alltag und in den Medien in der Regel Personen verstanden, die sich etwa in politischen, wirtschaftlichen und akademischen Spitzenpositionen befinden. Vermutet wird, dass diese Gruppe mehr als der Durchschnitt von politischen oder wirtschaftlichen Entwicklungen profitiert, also mehr Vorteile genießt oder Gewinne herauschlägt. Häufig bleibt jedoch unklar, wer genau Teil dieser Gruppe ist und was die mutmaßlichen Vorteile sind.

Mit Sicherheit waren es politische Führer, die die Idee der europäischen Kooperation nach dem Zweiten Weltkrieg lancierten. Die europäische Integration war somit zumindest am Anfang ein Projekt einer politischen Elite. Diese agierte jedoch nicht gegen die Interessen ihrer Bevölkerungen. Vielmehr suchten die Beteiligten einen Weg, um diese Interessen – wie den Wunsch nach Frieden, Demokratie, Solidarität und nicht zuletzt Wohlstand – durchzusetzen.

Die Gründungsstaaten der EU und ihre politischen Verantwortungsträger teilten die Überzeugung, dass der Weg zu mehr Wohlstand für alle über die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung führt. Man erhoffte sich zudem eine Art Übersprungeffekt von der wirtschaftlichen hin zu einer breiteren gesellschaftlichen Verbindung zwischen den Staaten und ihren Bevölkerungen.

Schon früh entstand daher die Idee, einen gemeinsamen Markt zu schaffen. 1968 wurden also folgerichtig die Binnenzölle in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) abgeschafft. Ende der 1980er Jahre einigte man sich auf die sogenannten vier Grundfreiheiten, nämlich den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, und 1993 auf die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes. Damit wurden neben den politischen Eliten auch immer mehr Wirtschaftsakteure zu Handelnden im europäischen Integrationsprozess.

Sowohl die vier Grundfreiheiten als auch die Schaffung des Binnenmarktes klingen zunächst wenig spektakulär. Sie sind nicht gleichzusetzen mit der Emotionalität, die nationalstaatliche Symbole – von Hymnen bis Fußballteams – auslösen. Doch auch wenn sie eher langweilig daherzukommen scheinen, so haben sie doch große Auswirkungen auf den Alltag der Menschen in Europa. Mit dem freien Personenverkehr lassen sich immerhin noch einige persönliche Erfahrungen und Bilder von verschwindenden Schlagbäumen und Grenzkontrollen verbinden. Den freien Waren- oder Kapitalverkehr hingegen nimmt man kaum wahr, wenn man sich hauptsächlich im eigenen Land bewegt.

Anders sieht es bei der Dienstleistungsfreiheit aus. Sie ist zum Stein des Anstoßes für viele antieuropäische Ressentiments – gerade auch in Deutschland – geworden und Beleg dafür, dass »gut gemeint« nicht immer »gut gemacht« bedeutet. Die Ursprungsidee war es, dass EU-Bürgerinnen und EU-Bürger ungeachtet ihrer jeweiligen Staatsangehörigkeit diskriminierungsfrei innerhalb der gesamten EU eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben dürfen. In der Umsetzung zeigten sich jedoch weitere Hürden. So bieten die einzelstaatlichen sozialpolitischen Regelungen nicht die erforderlichen Voraussetzungen und die EU hat nicht die rechtliche Zuständigkeit in der Sozialpolitik, um hier aktiv zu werden. Die Diskussion dreht sich um die Fragen, ob bei einer vorübergehenden Tätigkeit im europäischen Ausland die sozialpolitischen Regelungen – inklusive der Lohnhöhe und Sozialabgaben – des Herkunftslands oder des Bestimmungslands gelten und was als »vorübergehender« Zeitraum anzusehen ist. Dieser Konflikt ist hochaktuell und weiterhin ungelöst. Eine neue Balance zwischen den Binnenmarktfreiheiten und sozialen Grundrechten ist vonnöten.

Während vor allem in den Ländern, in die es die meisten Arbeitsmigranten zieht, diese Wanderung mit Skepsis betrachtet wird, profitieren Millionen von Europäerinnen und Europäern von genau dieser Möglichkeit. Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) spricht von 3,7 Millionen Osteuropäern, die in einem anderen EU-Land arbeiten (Der Standard, 2016). Sie leisten dabei auch einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum in dem Land, in dem sie arbeiten.

Die Möglichkeit, in einem anderen Land der Europäischen Union zu arbeiten, ist dank der Regelungen zur Freizügigkeit vergleichsweise unbürokratisch wahrnehmbar. Das wird auch an der Zahl deutscher Grenzpendler deutlich: Rund 250.000 Deutsche pendeln täglich zur Arbeit ins europäische Ausland, sei es nach Österreich, Dänemark oder Luxemburg (Vereinigte Lohnsteuerhilfe, 2016). Sie profitieren ebenfalls ganz direkt von den europäischen Grundfreiheiten.

Eine andere Gruppe, die seit Ende der 1980er Jahre von Europa profitiert, und zwar in Form europäischer Fördermittel, sind über 3,3 Millionen Studierende und Auszubildende. Der freie Personenverkehr erlaubt ihnen, im Rahmen des Erasmus-Programms in einem anderen EU-Land zu studieren beziehungsweise eine Ausbildung zu machen. Neben administrativer erhalten sie dabei auch finanzielle Unterstützung durch die EU.

Das Erasmus-Programm sorgt – wie wahrscheinlich kaum eine andere Initiative der EU – dafür, dass Menschen Europa direkt erleben und erfahren. Das längerfristige Eintauchen in das Leben in einem anderen EU-Land erwei-

tert den Horizont. Ohne die Rolle des Einzelnen überhöhen zu wollen, lässt sich kaum leugnen, dass er sich häufig in der Rolle des Botschafters – oder besser: des Erklärers – des eigenen Landes wiederfindet. Im direkten Kontakt zwischen zum Beispiel Deutschen und Portugiesen oder Schweden und Franzosen bringt es die Neugier unweigerlich mit sich, dass man bei der gegenseitigen Befragung zu Lebens- oder Studiumständen einen Systemvergleich anstellt. Im besten Fall führt das dazu, sich bewusst zu werden, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, gesellschaftliche Aufgaben – wie beispielsweise die Gesundheitsversorgung oder die Kleinkindbetreuung – zu organisieren. Die Menschen stellen fest, dass die Regelungen im eigenen Land mal besser und mal schlechter sind als anderswo und dass alternative Wege eben auch funktionieren.

Dieses Erleben aus erster Hand ist entscheidend, um Verständnis füreinander aufbringen zu können und die nationale Brille hin und wieder abzulegen – in der Erkenntnis, dass die eigenen Interessen nicht immer gleich auch die der anderen sein müssen. Politischen und wirtschaftlichen Eliten mag dieses Erleben des europäischen Auslands aufgrund der vielfältigen Verflechtungen gemeinsamer Institutionen und Strukturen leichter fallen. Interesse an der Politik und dem Leben im europäischen Nachbarstaat aufzubringen, ist jedoch weder ein Privileg noch allein Eliten vorbehalten. Vor dem Hintergrund offenbar ähnlicher Überlegungen wurde im Europäischen Parlament Ende 2016/Anfang 2017 diskutiert, Jugendlichen in Europa via Interrail-Tickets das Kennenlernen ihrer europäischen Nachbarn zu erleichtern.

Dieser Ansatz greift jedoch zu kurz. Es geht nicht darum, bei Städtereisen die Sehenswürdigkeiten im Ausland abzuhaken. Es muss ein echtes Eintauchen in den Alltag anderer Länder stattfinden. Dazu wäre es zielführender, Programme wie den Europäischen Freiwilligendienst auszubauen. Vielleicht sollte sogar darüber nachgedacht werden, ein verpflichtendes soziales Jahr im europäischen Ausland einzuführen. Denn nur so schaffen wir eine Generation, die sich über ihre Landesgrenzen hinaus für gesellschaftliche Fragen interessiert und sich grenzübergreifend zu ihren Werten in den Diskurs begeben kann.

Die europäischen Institutionen – von der EU-Kommission bis zum Europaparlament – bemühen sich im Rahmen verschiedener Programme und Projekte, den Bürgerinnen und Bürgern Europa und seine kulturelle Vielfalt näherzubringen. Eine europäische Öffentlichkeit kann aber nicht von oben oder außen geschaffen werden. Sie kann nur erwachsen, wenn sich die Menschen für die Entwicklungen jenseits des eigenen Nationalstaats interessieren. Wenn das europäische Projekt auch keines ist, das für Eliten gemacht wird, so stehen diese dennoch in der Pflicht, die Möglichkeiten und Chancen der europäischen Integration besser aufzuzeigen und das Interesse der ganz nor-

3

Sandra Parthie

3.3 Europa: Elitenprojekt oder Wertegemeinschaft?

Europa muss man erleben

malen Europäer am Sich-Miteinander-Befassen zu fördern. Die europäische Integration ist ein offener Prozess. Eine Beteiligung ist nicht nur Eliten vorbehalten. Der Wille zum konstruktiven Engagement jedoch ist notwendig, um die europäische Wertegemeinschaft mit Leben zu füllen.

Das Wichtigste in Kürze

- Die zentralen Werte der EU sind: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit sowie Wahrung der Menschenrechte und der Rechte von Minderheiten. Sie sind sowohl den Bürgerinnen und Bürgern besonders wichtig als auch in den europäischen Verträgen festgeschrieben (vgl. Artikel 2 EU-Vertrag).
- Der EU-Vertrag nennt zudem »Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern« als gemeinsame Werte der Gesellschaften der EU-Mitgliedstaaten.
- Die europäische Integration war und ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Er wird von denjenigen geformt und gestaltet, die dazu bereit sind.
- Ein neuer europäischer Konvent wäre eine Möglichkeit, dass die Menschen in Europa in einen konstruktiven Dialog über die Zukunft der EU treten.
- Europa ist mehr als die Summe nationaler Interessen. Diese Erkenntnis muss für alle Bürgerinnen und Bürger erlebbar gemacht werden.

Literatur

Abellán, Joaquín, 2006, Der Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft in den 1980er Jahren, oder: Warum die Spanier für Europa votierten, Themenportal Europäische Geschichte, <http://www.europa.clio-online.de/essay/id/artikel-3157> [10.1.2017]

Adenauer, Konrad, 1954, <https://www.konrad-adenauer.de/dokumente/erklarungen/1954-12-15-regierungserklaerung> [24.5.2017]

Ardagh, John, 1994, Ireland and the Irish, London

Bertelsmann Stiftung, 2016, eupinions, 21.11.2016, Gütersloh

Costa Pinto, António / **Costa Lobo**, Marina, 2006, Portugal und die EU, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 46, Slowenien und Portugal, S. 5–14

Der Standard, 2016, Freizügigkeit: 3,7 Millionen Osteuropäer arbeiten im EU-Ausland, 6.7.2016, <http://derstandard.at/2000040557990/3-7-Millionen-Osteuropaeer-arbeiten-im-EU-Ausland> [10.1.2017]

Europäische Kommission, 2007, Werte der europäischen Kultur, Spezial-Eurobarometer 278, Brüssel

Europäische Kommission, 2010, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Standard-Eurobarometer 73, Brüssel

Europäische Kommission, 2012, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Standard-Eurobarometer 77, Brüssel

Europäische Kommission, 2016, Die Zukunft Europas, Spezial-Eurobarometer 451, Brüssel

Europäische Union, 2012, Vertrag über die Europäische Union, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:12012M/TXT&from=de> [10.1.2017]

Europäische Union, 2017, Schuman-Erklärung – 9. Mai 1950, https://europa.eu/european-union/about-eu/symbols/europe-day/schuman-declaration_de [10.1.2017]

Marques, Guilhermina, 1990, L'intégration des groupes d'intérêt portugais au niveau européen, in: Sidjanski, Dusan / Ayberk, Ural (Hrsg.), L'Europe du sud dans la Communauté Européenne. Analyse comparative des groupes d'intérêt et de leur insertion dans le réseau communautaire, Paris

Milward, Alan S., 1984, The reconstruction of Western Europe 1945–51, Berkeley

Pikalo, Jernej, 2006, Slowenien in der Europäischen Union, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 46, Slowenien und Portugal, S. 14–22

Vereinigte Lohnsteuerhilfe, 2016, Zum Arbeiten ins Ausland – was für Grenzgänger steuerlich gilt, 17.5.2016, <https://www.vlh.de/arbeiten-pendeln/beruf/zum-arbeiten-ins-ausland-was-fuer-grenzgaenger-steuerlich-gilt.html> [10.1.2017]